



**familien selbsthilfe
psychiatrie**

**Bundesverband der Angehörigen
psychisch erkrankter Menschen e.V.**

BApK e.V. Oppelner Str. 130 53119 Bonn

Bundesministerium für Gesundheit

Herr Bundesgesundheitsminister Jens Spahn

11055 Berlin

BApK e.V.

Geschäftsstelle

Fon: 0228-71002400

Fax: 0228-71002429

Mail: bapk@psychiatrie.de

Internet : www.bapk.de

10.01.2019

Stellungnahme zum Referentenentwurf eines Gesetzes zur Reform der Psychotherapeutenausbildung

Sehr geehrter Herr Bundesgesundheitsminister Spahn,

mit Interesse hat der Bundesverband der Angehörigen psychisch erkrankter Menschen (BApK) e.V. den Referentenentwurf zur Reform der Psychotherapeutenausbildung gelesen und lehnt diesen ab.

Unsere Ablehnung zu dem oben genannten Referentenentwurf resultiert aus der Nichteinbeziehung der Psychiatriereform in Deutschland in den letzten Jahrzehnten sowie der Schlechterstellung von psychisch erkrankten Menschen in Bezug auf die Behandlungssicherheit in diesem Gesetzentwurf. Anstatt Menschen mit seelischer Behinderung und deren Angehörigen zu helfen und sie zu unterstützen, werden weitere Schwierigkeiten geschaffen, die die Betroffenen und ihre Familien überwinden müssen.

Aus der Sicht der von einer psychischen Erkrankung Betroffenen und ihrer Angehörigen sind wesentliche Aspekte - wie die Verordnung von Medikamenten, der Begriff bzw. die Berufsbezeichnung „Psychotherapeut“ oder auch die Versorgung allgemein - unbefriedigend in der Reform thematisiert worden. Es gibt darüber hinaus viele weitere Mängel, die wir in einer erweiterten Stellungnahme konkreter ausführen werden. Wesentliche Punkte sind:

- Die Verordnung von Medikamenten durch medizinisch nicht umfassend ausgebildete Psychotherapeuten kann eine Gefährdung für die Patienten darstellen. Ein Grund dafür ist, dass die Wirkung der Medikation u. U. nicht sicher eingeschätzt werden kann. Auch mögliche Nebenwirkungen und/oder problematische Wechselwirkungen mit anderen Medikamenten könnten nicht bedacht werden und so den Patienten gefährden. Es darf nicht sein und ist grob fahrlässig, dass ein 60 Stunden-Kurs ausreichen soll, damit ein „Nicht-Mediziner“, dem die pharmakologischen, anatomischen und internistischen Kenntnisse eines langjährigen Medizinstudiums fehlen, Medikamente verschreiben darf. Häufig leiden die Patienten zudem neben ihrer psychischen an verschiedenen somatischen Erkrankungen, die – so ist unsere Befürchtung – nicht in die Behandlung einbezogen würden. Das Vorhaben, den geplanten Modellstudiengang einzuführen, können wir nur ablehnen.



**familien selbsthilfe
psychiatrie**

**Bundesverband der Angehörigen
psychisch erkrankter Menschen e.V.**

- Die neue Begrifflichkeit „Psychotherapeut“ lässt keinen eindeutigen Schluss auf die Grundausbildung zu und führt zu einer Irritation und Verunsicherung des Patienten. Auch dies lehnen wir ab.
- Die Versorgung von psychisch erkrankten Menschen sehen wir ebenfalls in Gefahr und betrachten dies mit großer Sorge, wenn keine Kooperation in den einzelnen Berufsgruppen innerhalb der Psychotherapeutenausbildung und während ihrer Berufsausübung stattfinden wird.

Bereits diese kurze Aufzählung mag Ihnen verdeutlichen, dass aus unserer Sicht andere Lösungsansätze gefunden werden müssen. Wir verbinden mit der neuen Reform die Erwartung, dass der Ausbau von Kooperationen zwischen unterschiedlichen Berufsgruppen und Organisationen gefördert wird. Auch wünschen wir uns, an derart wichtigen Reformen als institutioneller Partner bereits in diesem frühen Stadium beteiligt zu werden.

Gudrun Schliebener
Vorsitzende

Dr. Rüdiger Hannig
stellv. Vorsitzender und Vorsitzender des LV Schleswig-Holstein

Der BApK wurde 1985 als gemeinnütziger Verband mit Sitz in Bonn gegründet. Sein Ziel ist die Anerkennung und der Schutz der Rechte und Interessen von Familien mit einem an einer schweren psychischen Störung erkrankten Mitglied. Als Dachorganisation der Landesverbände von Angehörigen psychisch erkrankter Menschen den Bundesländern unterstützt der BApK die Familienselbsthilfe und tritt für Gleichberechtigung und Teilhabe sowohl der psychisch erkrankten Menschen als auch ihrer Familien ein.

Mitunterzeichner

Frank Müller
Vorsitzender Bundesverband
für PTBS e.V.



Antonia Peters
Vorsitzende Deutsche
Gesellschaft Zwangser-
krankungen e.V.



Deutsche Gesellschaft
Zwangserkrankungen

Brigitte Richter
Außenbeauftragte
Pandora e.V.

